



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

M.: Der Blockgedanke

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Blockgedanke

Als die Politik des Fürsten Bülow den Block ins Leben rief, war das Zutrauen in die Arbeits- und Lebensfähigkeit des neuen Gebildes bei allen Parteien gering; als der Block in den Wirren der Kämpfe um die Reichsfinanzreform in Trümmer ging, war die Erregung darüber dennoch groß, und noch jetzt bemühen sich die Parteien der frühern Blockmehrheit, die Schuld an dem Ende der Blockpolitik einander zuzuschieben; ein Beweis, daß der Block bei den Wählermassen populär war, und daß sie nicht geneigt sind, die Herbeiführung des heutigen Zustandes als ein Verdienst anzusehen, sondern als ein Verschulden. Beruht dieser unzweifelhafte Wandel der Anschauungen auf vorübergehenden Volksstimmungen, oder gründet er sich auf der bessern Erkenntnis der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten des Deutschen Reiches? Von der Beantwortung dieser Frage hängt es ab, ob der Blockgedanke noch eine Zukunft hat, oder ob er endgiltig als ein interessantes aber notwendigerweise unfruchtbares Experiment der Geschichte angehört.

Was der Block an Gesetzen positiv geschaffen hat, kann den Wandel der Anschauung schwerlich erklären; man mag das Vereinsgesetz, die Börsennovelle, das Gesetz über die Majestätsbeleidigungen, das Automobilgesetz usw. noch so hoch einschätzen, all diese Gesetze berühren die Interessen der großen Massen doch zu wenig, als daß sie eine vorhandne Stimmung in ihr Gegenteil hätten verwandeln können. Diese positiven Erfolge konservativ-liberalen Zusammenarbeitens konnten die bestehenden Zweifel über die dauernde Möglichkeit der „Paarung“ mindern, aber nicht beseitigen, geschweige denn eine Blockfreudigkeit auslösen, wie sie während des letzten Winters immer mehr und mehr um sich griff.

Die Verbreitung des Blockgedankens im Volke wurde durch das Ergebnis der Januarwahlen des Jahres 1907 ermöglicht. Gemeinsam hatten Konservative und Liberale gegen Ultramontane und Sozialdemokraten gestanden. Die schweren Bedenken, die die Politiker über den Erfolg der Neuwahlen hatten, wurden seitens der Nichtpolitiker mit der frischen Farbe rasch betätigter Entschlie-ßung

als unberechtigt erwiesen. Zweierlei hatte das konservativ-liberale Zusammengehn erreicht. Die Sozialdemokraten waren im Reichstag auf etwa die Hälfte verringert, und der entscheidende Einfluß des Zentrums war gebrochen. Aber die Vorgänge im Dezember 1906 hatten auch aufpeitschend wie Alkohol gewirkt. Es blieb die Frage offen, wie sich die Dinge gestalten würden, wenn der Rausch verflogen war. Immerhin blieb als dauernder Erfolg und somit auch als dauerndes Verdienst des Fürsten Bülow die Gewißheit, daß auch der sozialdemokratischen Flut die Ebbe folge, und daß die Zentrumswirtschaft im Deutschen Reich nicht als *rocher de bronze* stabilisiert sei — beides unter der Voraussetzung, daß das nichtultramontane Bürgertum in sich einig ist. Diese Gewißheit war nicht hoch genug einzuschätzen; sie bedeutete die erste schwere Niederlage der politischen Skeptiker und der politisch Gleichgültigen; sie führte dem lässigen Bürgertum vor Augen, daß es im Reiche des allgemeinen Wahlrechts auf die Mitarbeit jedes einzelnen ankommt, daß auch das politische Recht, nicht anders wie jedes andre, sei es öffentliches, sei es privates Recht, nur dann Segen bringen kann, wenn der Berechtigte das Bewußtsein der mit dem Recht verbundenen Pflicht hat und betätigt.

Auf dieser so gewonnenen Grundlage galt es weiter zu bauen. Aber die große Zeit fand ein kleines Geschlecht. Zunächst bei den Regierenden. Ihnen lag die Führung ob. Parteien, bei denen die gegenseitige Bekämpfung seit mehr als einem Menschenalter selbstverständliche Überlieferung war, sollten zusammen arbeiten. Nur eine zielbewußte, straffe Leitung konnte dieses ermöglichen. Daß die Leitung den Gedanken zum Ausgangspunkt nehmen mußte, der bei den Wahlen den Ausschlag gegeben hatte, hätte niemals verkannt werden dürfen. Ob Fürst Bülow ihn erkannt hat, mag dahingestellt bleiben; hat er aber die richtige Erkenntnis gehabt, so hat er nicht die Mittel angewandt, sie zielbewußt zu betätigen. Der Ruf: „Los vom Zentrum!“ blieb nicht die klare, unzweideutige Parole. Immer und immer wieder wurde verkündet, man wolle das Zentrum nicht ausschalten, nur sein übermächtiger und unzulässiger Einfluß solle beseitigt werden. Hinter solchen Worten war kein Wille, sondern nur vorsichtige Taktik zu erkennen. Unklare, zweideutige Worte, die bei den Massen den Eindruck verfehlten, und was schlimmer war, vorhandne Begeisterung einfließen mußten! Fürst Bülow scheint, nachdem er das Volk gefragt hatte, nicht mit der Stimmung im Volke, sondern nur mit der Stärke der Reichstagsfraktionen gerechnet zu haben. Die Möglichkeit der Mitarbeit des Zentrums wollte er sich erhalten, falls der Block versage. Die Verlängerung der Wahlperiode von drei auf fünf Jahre, wie sie im Jahre 1888 Gesetz geworden war, rächte sich; hätte man damit rechnen müssen, daß Ende 1909 neue Wahlen stattzufinden hätten, so würde die Volkstimmung bei der Regierung und bei den Parteien mit ganz andern Werten in die politische Rechnung eingestellt worden sein.

Den Worten der Regierung entsprachen ihre Taten! Daß dem Liberalismus in Gesetzgebung und Verwaltung eine größere Beachtung zuteil wurde als

vordem, verstand sich von selbst; nur dadurch konnte man die Mitwirkung der Linksliberalen erlangen. In deren Lager wurden bange Zweifel rege, ob sie, die ständig Oppositionellen, zur Regierung übergehn könnten, ohne den nicht unbeträchtlichen Teil ihrer ständigen Wähler vielleicht zu verlieren, der sich zu ihnen eben um dieser Opposition willen bekannte. Und weiter: wollte man die der Sozialdemokratie abtrünnig gewordenen und die frühern Mitläufer dauernd den Genossen entfremden, so mußte man ihnen beweisen, daß gerade nachdem der Einfluß der Sozialdemokraten gebrochen war, die Möglichkeit für eine liberalere Politik als vordem gegeben war. So wurden tatsächlich einige Wünsche der Liberalen in der Gesetzgebung erfüllt, während in der Verwaltung alles beim alten blieb. Daß der Einfluß, der dem Liberalismus eingeräumt wurde, zu unbedeutend war, um die Liberalen befriedigen zu können, darauf wird noch zurückzukommen sein; er genügte aber, die Konservativen zu verärgern und in ihnen die Ansicht aufkommen zu lassen, man wolle mit konservativen Streitkräften liberale Politik treiben. Die Regierung des Fürsten Bülow hat diese Stimmung der Konservativen nicht genügend beachtet; das war ihr entscheidender Fehler, und durch diesen Grundfehler sind ihre sonstigen zweifellosen Verdienste vernichtet worden. Die Regierung hielt das konservative Gewissen der rechtsstehenden Parteien in ständiger Aufregung, anstatt sich an ihr nationales Gewissen zu wenden. Dem Reichstag, der unter der Parole: „Los vom Zentrum!“ gewählt worden war, ist nicht ein Entwurf zugegangen, der auch nur den Erfolg hätte haben können, Bresche in den Zentrumsturm zu legen; er hat vom Regierungstische auch nicht ein Wort zu hören bekommen, das eine grundsätzliche Absage an die ultramontane Partei enthalten hätte. Das Verhalten der konservativen Reichstagsfraktion hat unter den konservativen Wählern am meisten deshalb Mißbilligung gefunden, weil es dem Zentrum wieder zur Macht verhalf. Aufgabe einer weit-sichtigen Regierung würde es gewesen sein, diese vorhandenen zentrumsfeindlichen Tendenzen so zu stärken, daß den Konservativen ein Zusammengehn mit denen um Spahn und Erzberger unmöglich wurde.

Als im vergangenen Herbst der Staatssekretär des Reichsschatzamts Sydow in seinem jattsam bekannten Artikel die Bereitwilligkeit der Regierung erklärte, die Reichsfinanzreform auch mit dem Zentrum machen zu wollen, da stellten einsichtige liberale Politiker schon die Frage, ob der Block überhaupt noch bestehe. Er bestand weiter, weil das Zentrum seine Zeit noch nicht gekommen sah, ein klägliches Schauspiel: der gegen das Zentrum gerichtete Block als ein Block von Zentrums Gnaden. Ein Schauspiel, das nur durch die Halbschuld der Regierung verschuldet worden ist.^{*)} Bülow ist nicht, wie so vielfach behauptet wird, gefallen, weil er den Kampf gegen das Zentrum aufgenommen

^{*)} Freilich ist Bülow in seiner Haltung bestärkt worden durch das zeitweilig flatterhafte Auftreten des Abg. Paasche in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Finanzkommission. Ann. d. Reb.

hat, sondern im Gegenteil, weil er geglaubt hat, eine endgiltige Auseinandersetzung mit dem Zentrum vermeiden oder hinausschieben zu müssen. Den Konservativen zumuten, einen Teil ihres Besitzes zugunsten ihrer alten Feinde, der Liberalen, aufzugeben, darf nur der, der sie in eine Schlachtklinie mit den Liberalen hineinzuzwingen vermag; der gemeinschaftliche Feind kann nur der Ultramontanismus sein. Ein konservativ-liberaler Block, der nicht von diesem Grundgedanken beherrscht wird, ist ein Umding, das niemals Bestand haben kann.

Würden denn aber, so wird die weitere Frage zu lauten haben, die Konservativen zu einer derart feindlichen Haltung gegen das Zentrum zu veranlassen gewesen sein? Ist die beiden Parteien gemeinsame starke Betonung der Autorität nicht ein Bindemittel, dessen Lösung unmöglich erscheint? Hat nicht das Zentrum katholische Religion und ultramontane Politik so geschickt zu verquicken verstanden, daß manch ein Konservativer den religiösen Gedanken zu bekämpfen glauben würde, wo der Kampf doch nur der ultramontanen Politik des Jesuitismus gilt? Wir meinen, daß die Antwort auf diese Frage günstig gelautet haben würde, wenn es nur die Reichsregierung unternommen hätte, den Konservativen deutlich den Unterschied vor Augen zu führen, der zwischen der Autorität im konservativen und im ultramontanen Sinne besteht. Die konservative Weltanschauung erkennt nur solche Gewalten an, die ein Interesse am Reich und an den deutschen Einzelstaaten haben. Der Ultramontanismus hat dagegen als höchste Autorität eine Gewalt, die am Deutschen Reich nur ein sehr bedingtes Interesse hat. Bismarck hat in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ sogar die Zerstörung des Reichs mit evangelischer Spitze als die letzte Tendenz des Zentrums bezeichnet. Und gerade hier treffen — bei aller Verschiedenheit im einzelnen — konservative und liberale Weltanschauung im Gegensatz zur ultramontanen Weltanschauung zusammen. Konservative und Liberale finden im Staate die höchste irdische Gewalt, der formelle Grenzen nicht gezogen sind; nur darüber streiten sie, wieweit der Staat von seiner formellen Macht dem Individuum und der Gesellschaft gegenüber Gebrauch machen darf. Die Ultramontanen dagegen unterwerfen den Staat der Kirche, die auch allein berechtigt ist, die formellen Grenzen der Staatsgewalt zu bestimmen. Gelingt es, dies dem nichtultramontanen deutschen Volke klar zu machen, und versteht es die Reichsregierung, aus der Geschichte des Reichs den Nachweis zu führen, wie sehr das Zentrum der Entwicklung des Reichs — durch Verhinderung einer gefunden Finanzgebarung, durch Unterstützung der Polen, Welfen und Elsaßer, durch mittelbare und unmittelbare Begünstigung der Sozialdemokratie, durch ständige Störung des konfessionellen Friedens — geschadet hat, und wie notwendig es ist, diesen langsam, aber sicher arbeitenden Einfluß zu zerstören, so ist die einheitliche Schlachtklinie der Konservativen und der Liberalen geschaffen.

Daß die Blockpolitik des Fürsten Bülow gescheitert ist, beweist nichts dafür, daß ein konservativ-liberaler Block auf die Dauer unmöglich sei. Der gefallne Block war ein taktisches Werkzeug zur Erreichung eines einzelnen Zweckes. Der Versuch, ihn als politischen Machtfaktor zum Eckstein einer zielbewußten, weitschauenden Politik zu benutzen, ist überhaupt nicht gemacht worden. Wir meinen, daß er über kurz oder lang gemacht werden muß und gemacht werden wird. Wenn Ultramontane und Polen erst ihre Rechnung vorlegen werden, dann werden auch den Konservativen aller Glaubensbekenntnisse die Augen aufgehen, dann wird ihre Wählerschaft, dann werden die Deutschen unsrer Ostmark ihnen doppelt und dreifach ihre Haltung bei der Reichsfinanzreform zum Vorwurf machen.

Aber das heißt ja, mit dem Kulturkampf spielen! so wird mancher Leser entsezt sagen. Mit Verlaub, die Angst vor dem Kulturkampf scheint uns zurzeit schädlicher als der Kulturkampf selbst. Das Wort bedeutet den Kampf nicht gegen die katholische, sondern ausschließlich gegen die ultramontane-jesuitische Kultur, mit der uns die Führer des Zentrums beglücken wollen. Gibt es denn außer ihr nicht noch andre Anschauungen über Kultur? Hat es nicht seit 1870 immer Katholiken gegeben, die gegen das ultramontane System Front gemacht haben? Gibt es nicht eine protestantische Kultur? Und gibt es nicht ein Ideal des paritätischen Staates, als der sich Preußen entwickelt hat, und der — nach Treitschkes Ansicht — die Grundlage der Großmachtsstellung Preußens gewesen ist? Und wenn der Ultramontanismus, dessen zielbewußter und rühriger Vorkämpfer das angeblich politische Zentrum ist, mit allen Mitteln jedes andre Kulturideal bekämpft — wir erinnern an die regelmäßig wiederkehrenden Friedhofsstreitigkeiten, an die Mißachtung aller nichtkatholischen Christen, wie ihr noch der Abgeordnete Underberg in der Ostersdienstagskonferenz geradezu schmählischen Ausdruck verliehen hat, wir erinnern an den Geist, den die kleine ultramontane Presse, den Konvikte und Seminare, den Alumnate und katholische Volksvereine gegen den Protestantismus und den paritätischen Staat verbreiten —, so muß er so lange siegreich bleiben, als sich die Gegenseite aus blasser Furcht vor einem sogenannten Kulturkampf zu energischem Widerstande nicht aufzuraffen wagt, geschweige denn verlornes Terrain wiederzugewinnen sucht. Aus sich heraus wird der Ultramontanismus niemals zusammenbrechen. Später oder früher wird der Kampf kommen, und wir meinen, je früher er kommt, um so besser ist es. Der Feind wird in der Zwischenzeit nicht schwächer, sondern immer stärker werden. Zudem hat das Wort, die Bekämpfung der Sozialdemokratie erfordere den „inneren Frieden“, seinen Wert verloren, seitdem sich der Ruf: „Los vom Zentrum!“ auch als geeignete Wahlparole gegen die Sozialdemokratie erwiesen hat.

Wir glauben deshalb, daß der Block wiederkehren wird. Von Dauer wird er aber nur sein können, wenn bestimmte Vorbedingungen erfüllt sind. Zunächst muß der Reichskanzler mit starker Hand, und ohne über das Ziel

seiner Politik Zweifel zu lassen, den Kampf gegen das Zentrum aufnehmen. Nicht darum darf es sich handeln, den unberechtigten Einfluß des Zentrums zu brechen, sondern darum, die Lehre, daß die Kirche über dem Staate stehe, daß der Papst dem Kaiser zu gebieten habe, aus unserm Staatsleben ein für allemal hinauszurufen. Der Katholik ist Staatsbürger wie der Protestant, wie der Jude; er hat dieselben Rechte, aber auch dieselben Pflichten wie sie; er hat sich der Staatsautorität zu unterwerfen und darf nicht den Versuch machen, über ihr eine höhere Instanz aufzubauen, die noch dazu für zwei Drittel des deutschen Volkes nichts bedeutet.

Eine weitere Notwendigkeit ist, daß den Konservativen klar zum Bewußtsein gebracht werde, sie müßten die politischen und wirtschaftlichen Sonderinteressen, deren Erfüllung sie vielleicht mit Hilfe des Zentrums erreichen können, hinter das allgemeine Staatsinteresse zurückstellen. Wenn große Teile des Deutschen Reichs eine andre als eine konservative Verwaltung überhaupt nicht kennen, so ist es Ehrenpflicht gerade der Konservativen, den Staat, dessen Verwaltung ihnen vorzugsweise zusteht, gegen die immer weiter um sich greifenden Übergriffe einer im letzten Ende staatsfeindlichen Macht zu schützen. Das Zusammengehen der Konservativen mit den Polen bei der Reichsfinanzreform, ihre gemeinsame auf den Sturz des Fürsten Bülow gerichtete Arbeit ist die schlimmste Abkehr von ihrer alten überlieferten Politik; fahren sie in einer derartigen Politik fort, so werden sie damit zur Verwaltung unfähig. Die Erregung in der konservativen Wählerschaft, die Gründung des Bauernbundes und der neuen konservativen Vereinigung werden der konservativen Reichstagsfraktion beweisen, daß der Weg, den sie gegangen ist, nicht der richtige war, und daß die Abneigung des deutschen Volks gegen das Zentrum trotz Votierung für die Liebesgabe und trotz des gemeinschaftlichen Autoritätsglaubens doch stärker ist, als sie angenommen hat. Diese Erscheinungen beweisen aber auch, daß der Kampf, vor dem Fürst Bülow zurückgeschreckt ist, nicht gegen die Konservativen, sondern nur gegen gewisse von ihren Führern zu führen gewesen sein würde.

Aber auch damit ist ein Sieg des Blockgedankens noch nicht gesichert. Noch immer haben sich die Sozialdemokraten als die Verbündeten des Zentrums erwiesen, soweit dieses in einer das Reich schädigenden Weise vorgegangen ist. Ob sie einmal von diesem zur Methode gewordenen Wahnsinn lassen werden, wagen wir nicht zu entscheiden. Jedenfalls kann eine Änderung ihrer Taktik, die eine Verschiebung der ganzen Parteikonstellation zur Folge haben würde, heute nicht als ein reales Moment in die Rechnung eingestellt werden. Nur dann wird der Block Erfolg haben können, wenn der Wahlsieg der bürgerlichen Parteien vom 25. Januar 1907 keine vorübergehende Erscheinung bleibt, wenn es gelingt, die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen am weiteren Anschwellen zu verhindern, sie wenn möglich sogar zu vermindern. Diese Aufgabe ist nicht ganz leicht. Wer die Stimmung des unselbständigen, sogenannten neuen Mittelstandes

kennt, weiß, daß in ihm, obwohl er unzweifelhaft zum Bürgerstande zählt, eine starke Hinneigung zur Sozialdemokratie besteht. Das Ergebnis der Wahlen in einigen uns ihrer Zusammensetzung nach genau bekannten Wahlbezirken hat im Jahre 1909 unzweifelhaft bewiesen, daß auch Reichs- und Staatsbeamte in nicht unbeträchtlicher Zahl damals Stimmzettel für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben haben. Es handelt sich hier nicht um Wähler, die innerlich Sozialdemokraten sind, sondern um solche, die durch die Wahl des Sozialdemokraten Protest gegen die Politik der Regierung einlegen wollen, die eine scharfe Opposition wünschen. Im Jahre 1907 ist es gelungen, die Stimmen den bürgerlichen Parteien zu erhalten, beziehungsweise wieder zuzuführen. Man meinte, daß die vom Zentrum abgerückte Regierung eine liberale Richtung einschlagen müßte. Es gelang, die Linksliberalen, die sich bis dahin fast immer in negierender Opposition verhalten hatten, zur positiven Mitarbeit heranzuziehen. Aber damit war nur der eine Teil der Aufgabe erfüllt; die schwierigere Hälfte blieb zurück, die Wähler der Linksliberalen und die, die auf dem schmalen Felsgrat zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus wandeln, den bürgerlichen Parteien dauernd zu erhalten. Daß dies sich nur durch einen kräftigen liberalen Einschlag in Gesetzgebung und Verwaltung ermöglichen läßt, ist unzweifelhaft. Politische Erziehung ist das beste Mittel, die Volksmassen dem Einfluß demagogischer Agitatoren zu entziehen, in ihnen die Mörgelsucht zu ersticken und an deren Stelle eine verständige, auch den Gründen der Gegner zugängliche Kritik zu setzen. Und wiederum gibt es kein besseres Erziehungsmittel als die Aussicht auf Erfolg. Wie viele Männer kennt doch jeder, die nicht zur Wahl gehen, weil es ja doch keinen Zweck habe. Dem Liberalismus Einfluß verschaffen, heißt, ihm von links her Stimmen zuzuführen. Der Konservative, der dies nicht will, dem die Gedankenwelt des Liberalismus ihrer Durchführbarkeit wegen schädlicher erscheint als die Utopien des Sozialismus, treibt nicht vaterländische, sondern Machtpolitik, eine Politik, die spätestens im Falle eines unglücklichen Krieges zum Bürgerkriege führen muß.

Welch ungewohntes Bild hat doch das deutsche Volk im letzten Winter gezeigt! Man verlangt von ihm Geld, viel Geld, sehr viel Geld. Und fast das ganze Bürgertum nahm diese Forderung in einer Stimmung auf, daß das eigenartige Wort „Steuerbegeisterung“ geprägt werden konnte. Das Bewußtsein, daß die Finanzreform eine nationale Notwendigkeit war, hätte höchstens numerische Zustimmung auslösen können, die Begeisterung wurde durch die Erkenntnis ausgelöst, daß endlich einmal wieder ein großer liberaler Gedanke, die Erbschaftsteuer, zur Durchführung gebracht werden sollte. Man treibe eine volkstümlichere Politik als bisher, und das Volk wird wieder Freude an der Politik gewinnen, anstatt wie jetzt am Bierisch zu schimpfen und alle fünf Jahre sozialdemokratische Stimmzettel abzugeben.

Diese Forderung, die der Liberale unter allen Umständen stellen muß, entspricht auch der politischen Gerechtigkeit. Immer größere Bedeutung haben

Industrie, Handel und Verkehr für das Leben des deutschen Staates gewonnen. Daß diese Erwerbszweige ihrer selbst wegen einer liberalern Gesetzgebung und Verwaltung bedürfen als die patriarchalischen Verhältnisse des Ackerbaustaates, bedarf nicht erst des Beweises. Daß den in diesen Berufen tätigen Teilen des Bürgertums, die auch prozentual berechnet immer größer werden, ein stärkerer Einfluß auf die Politik eingeräumt wird als bisher, ist eine Forderung der Billigkeit. Daß ein Volk, das Weltpolitik und Weltwirtschaft treibt, nicht dauernd konservativ regiert werden kann, ist eine Schulweisheit, deren Nichtachtung sich über kurz oder lang sicher rächen muß. Daß den liberalen Gedankengängen die Gleichberechtigung mit den konservativen zuerkannt wird, ist eine Forderung, die die Liberalen aller Schattierungen stellen müssen.

Solange die Konservativen diese Gleichberechtigung nicht anerkennen, solange sie für diese Forderung, wie es jüngst noch ihr Führer von Heydebrand getan hat, nur Hohn und Spott haben, werden die Liberalen sie bis aufs äußerste bekämpfen müssen. Der Einsatz, den die Konservativen wagen, ist hoch. Bleiben sie auf die Hilfe der Ultramontanen und Polen angewiesen, so wird ihre protestantische Wählerschaft bald genug in hellen Haufen von ihnen abfallen, sie werden mit ungeahnter Schnelligkeit zu Schleppenträgern des Zentrums degradiert werden. Wenn sich dadurch die destruktiven Tendenzen im schwarz-blauen Block immer mehr verstärken, wenn die Reichsverdroßtheit wächst, wenn die linksstehenden Parteien durch die Politik dieses neuen Blocks erstickt werden, dann wird sich auch die Reichsregierung — vielleicht schweren Herzens — auf einen Block der Linken stützen müssen, und die Konservativen werden dann, wenn auch nicht mehr in einer Droschke, so doch in einem Automobil ins Parlament fahren können.

Versteht man also in konservativen Kreisen die Haltung der National-liberalen bei der Reichsfinanzreform in ihrer ganzen Tragweite zu würdigen? Eine Partei, bei der es geradezu Tradition ist, bei jeder nationalen Aufgabe mitzutun, versagt mit einemmal in der denkbar schroffsten Form. Noch auf keinem Parteitage, an dem wir teilgenommen haben, loberte eine derartige helle Begeisterung, war eine derartige Einmütigkeit vorhanden wie auf dem Berliner Parteitage vom 4. Juli 1909. Wenn sich trotz des Bruchs mit allen Parteitraditionen nicht eine Stimme der Mißbilligung erhebt, wenn eine Versammlung von mehr als 700 Männern in innerer Ergriffenheit plötzlich das Lied: „Deutschland, Deutschland über alles!“ anstimmt, wenn alte, ergraute Männer der Partei in Tränen ausbrechen, dann sollten auch die politischen Gegner einmal der Bedeutung solcher Tatsachen still nachhängen und nicht mit Redensarten von dem Einfluß der Jungliberalen und dergleichen kommen.

Wollen die Konservativen die Gleichberechtigung des liberalen Gedankens anerkennen, so ist ein neuer Block möglich, sonst nicht. Hierüber muß absolute Klarheit herrschen. Aber auch Klarheit darüber, daß die Liberalen zu gut dazu sind, den Konservativen und ihrer Politik Handlangerdienste

zu leisten, nachdem diese sie bei der Finanzreform schmählich im Stich gelassen haben. Die Liberalen müssen sich von einer Politik fernhalten, die nur eine Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen zur Folge haben kann. Tun sie dies nicht, so werden sie mit in den Strudel hineingezogen werden, den eine kurzsichtige, einseitige Politik geschaffen hat. Darüber werden sich die Konservativen klar werden müssen, daß sie nicht fernerhin mehr, um mit Herrn von Heydebrand zu sprechen, mit liberalen Streitkräften konservative Politik treiben werden.

Dr. M.



Die Stellung des Griechentums auf der Balkanhalbinsel

Von Dr. K. Dieterich



Es war von jeher das Verhängnis der Staatenbildungen im vorderen Orient, daß sie stets in Extreme umschlugen: auf die altgriechische Kleinstaaterei folgte das Weltreich Alexanders, eine politische Phantasmagorie, die wie eine Seifenblase zerplatzte. Dann kam der Römer und stellte mit starker Faust die Ordnung wieder her, als aber die Osthälfte des römischen Weltreiches als eigener politischer Organismus vom Westen losgetrennt war und römische Institutionen auf griechischem Kulturboden und einem bunten, unausgeglichnen ethnischen Substrat aufgepfropft wurden, begann die lange, bald gewaltige, bald erbärmliche Geschichte des byzantinischen Reiches, eines Reiches, das der echte Typus eines östlichen Staatsgebildes war, insofern es weder organisch entstanden noch national verankert war und somit alle Wechselfälle eines lustigen Eroberungsstaates durchmachte, der sich wie ein Ballon bald aufblies, wenn er mit Gas gefüllt war, bald in sich zusammenfiel, wenn das Gas ausging, ein Wechselspiel, das den eigentlichen Inhalt der äußern byzantinischen Geschichte bildet. Dasselbe gilt von den mit Byzanz und miteinander rivalisierenden Staatenbildungen der Bulgaren und Serben, die schließlich alle zusammen in dem Rachen des türkischen Ungeheuers verschwanden. Die Türkei hatte ja das byzantinische Staatswesen sozusagen mit Haut und Haaren verschlungen und in sich aufgenommen — wie sie es verdaut hat, zeigt ja der Verlauf ihrer Geschichte, die nur ein Abklatsch der byzantinischen ist. Ja, unter der türkischen Hülle bestand das byzantinische Reich ruhig weiter mit seinen alten imperialistischen Instinkten: der vom Sultan offiziell als „Rum-milet-bachi“ (Oberhaupt der Römer) anerkannte, und zwar nicht nur in geistlichen, sondern auch in weltlichen Dingen, und daher in seinem Wappen noch den byzantinischen Doppeladler mit Reichsapfel und Zepter führende ökumenische Patriarch ist der direkte

Grenzboten III 1909

52